

# Landesvertreterversammlung

der CDU Baden-Württemberg  
zur Aufstellung der Landesliste  
für die Europawahl 2024

**Aus Überzeugung europäisch – für  
ein Europa der Sicherheit, des  
Wohlstands und der Kommunen**

## 8 Punkte für ein starkes Europa

1. Wir stehen uns für ein handlungsfähiges und starkes Europa.
2. Wir stehen für ein Europa, das aus den Regionen und Kommunen heraus gestaltet wird.
3. Wir stehen für ein Europa der Sicherheit nach innen und nach außen.
4. Wir stehen für eine zukunftsorientierte Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik.
5. Wir stehen für eine Klimapolitik, die Arbeit schafft und den sozialen Zusammenhalt stärkt.
6. Wir stehen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.
7. Wir stehen für eine harmonisierte Rechtspolitik.
8. Wir stehen für eine moderne Agrarpolitik, die immer unsere starke heimische Landwirtschaft im Blick hat.



# Landesvertreterversammlung

der CDU Baden-Württemberg  
zur Aufstellung der Landesliste  
für die Europawahl 2024

1 Die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs ist untrennbar mit Europa verbunden. Die  
2 wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen mit unseren  
3 europäischen Nachbarn und Freunden haben unsere Heimat geprägt und erfolgreich gemacht. Als  
4 innovativer Wirtschaftsstandort im Herzen Europas wirkt Baden-Württemberg weit über seine  
5 direkte Nachbarschaft hinaus. Denn neben Fahrzeugen und Maschinen exportiert der Südwesten  
6 auch baden-württembergische Erfolgsmodelle – wie zum Beispiel das duale System – an unsere  
7 europäischen Partner. Als einer der „4 Motoren für Europa“ zählt Baden-Württemberg neben der  
8 Lombardei, Katalonien und Auvergne-Rhône-Alpes zudem zu den wirtschaftlichen Zugpferden  
9 innerhalb der Europäischen Union (EU).

10 Für die CDU Baden-Württemberg heißt die Zukunft Europa. Die großen Herausforderungen der Zeit  
11 können nur europäisch gelöst werden und deshalb sind wir aus Überzeugung europäisch!

12 Die CDU ist seit ihrer Gründung die starke Europapartei in Deutschland. Sie hat die europäische  
13 Integration maßgeblich vorangetrieben und die großen Weichenstellungen in Europa seit dem  
14 Zweiten Weltkrieg gestellt. Ein vereintes Europa gehört zum Selbstverständnis der  
15 Christdemokratie und ist für uns nicht verhandelbar. Für uns war Europa stets ein Versprechen – für  
16 Frieden, Freiheit und Wohlstand. Der Krieg in der Ukraine hat dieses Versprechen erschüttert. Wir  
17 als Christdemokraten wollen das Versprechen von Frieden, Freiheit und Wohlstand erneuern. Wir  
18 fühlen uns dem europäischen Traum verpflichtet und wir haben die Kraft, der Motor in Europa zu  
19 sein.

## 20 **1. Für ein reformiertes Europa mit einer modernisierten und beschleunigten demokratischen** 21 **Entscheidungsfindung**

22 Das bisher auf vielen Feldern der Zusammenarbeit der europäischen Staaten angewandte  
23 Instrument der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit hat sich die vergangenen Jahrzehnte bewährt.  
24 In einer komplexer werdenden und sich schnell verändernden Welt kommt dieses Instrument immer  
25 mehr an seine Grenzen, weil viel zu lange auf Länder gewartet werden muss, die nicht oder noch  
26 nicht bereit sind zu handeln oder aus sachfremden Erwägungen eine Zustimmung verzögern.

27 Wir stehen für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger! Wir wollen das föderale Europa stärken –  
28 mit einer dem Parlament verantwortlichen Kommission als Exekutive und einer Gesetzgebung  
29 durch ein starkes Parlament als Bürgervertretung und dem Rat als gemeinsame Legislative! Dabei  
30 muss die EU auch in Zukunft von unten nach oben aufgebaut sein und – entsprechend dem  
31 Subsidiaritätsprinzip – eine Aufgabe erst dann von der nächsthöheren Ebene wahrgenommen  
32 werden, wenn die untere Ebene dazu allein nicht mehr ausreichend in der Lage ist. Wir wollen mit  
33 einem modern strukturierten Gefüge der Institutionen schnell und flexibel handlungsfähig sein, um  
34 unseren Kontinent in Stand zu setzen, auf akute Herausforderungen flexibel und zügig zu antworten  
35 und um Europa im globalen Rennen um Innovation, Technologie und Effizienz wettbewerbsfähig zu  
36 halten.

37 Wir brauchen mehr Europa. Nicht zuletzt aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine  
 38 hat sich diese Überzeugung schließlich auch in unserer Bevölkerung gefestigt. Europa ist für die  
 39 Europäer endgültig vom romantischen Projekt zum geopolitischen Imperativ geworden.

40 Die Fragen zur Vertiefung und Erweiterung der EU als weltweit und im historischen Maßstab  
 41 größtes und erfolgreichstes Friedensprojekt dürfen vor diesem Hintergrund nicht mehr auf die  
 42 lange Bank geschoben werden.

43 Wir treten außerdem für die Stärkung und Reformierung der Verfahren zur demokratischen  
 44 Entscheidungsfindung innerhalb der EU und zwischen ihren Institutionen ein. Wir wollen in noch  
 45 mehr Politikfeldern – etwa auf den Gebieten der Außenpolitik, der Entwicklungshilfe, der inneren  
 46 und äußeren Sicherheit, der Forschung und Entwicklung, der Steuerpolitik oder der  
 47 Weiterentwicklung des Schengenraums gemeinsame Antworten geben und die bisher reguläre  
 48 Entscheidungsfindung mit „qualifizierter Mehrheit“ modernisieren. Dies könnte durch eine Art  
 49 „superqualifizierte Mehrheit“ gelingen, die zwar einzelnen Staaten kein Vetorecht mehr zugesteht,  
 50 aber weniger Staaten oder einer Gruppe mit einer geringeren Bevölkerungszahl als in der  
 51 „qualifizierten Mehrheit“ eine Sperrminorität einräumt.

## 52 **2. Für starke Kommunen im Herzen Europas und eine bessere grenzüberschreitende** 53 **Zusammenarbeit**

54 Die Kommunen sind das Herz der politischen Arbeit vor Ort – in Baden-Württemberg, Deutschland  
 55 und in Europa. Nur mit starken Kommunen kann Europa seine ganze Kraft entfalten. Dazu gehört,  
 56 dass die ausgeprägte kommunale Selbstverwaltung in Baden-Württemberg weiter gestärkt werden  
 57 muss und durch die europäischen Ebene dabei unterstützt wird. Subsidiarität des europäischen  
 58 Handelns in allen Bereichen – jedoch vor allem auch in kommunalen Fragen – ist dabei wichtig.

### 59 Baden-Württemberg als Zugpferd der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

60 Europa wird aktiv aus seinen Regionen heraus mitgestaltet. Dabei ist insbesondere die  
 61 grenzüberschreitende Zusammenarbeit Ausdruck des Einigungsprozesses unseres Kontinents  
 62 geworden. Gerade am Bodensee sowie am Hoch- und Oberrhein wachsen Deutschland, Frankreich,  
 63 die Schweiz und Österreich immer weiter zusammen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit  
 64 unseren Nachbarn ist daher ein zentraler Ausgangspunkt unserer Europapolitik.

65 Aus Baden-Württemberg heraus wollen wir die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit  
 66 weiterentwickeln. Entlang der Landesgrenzen pflegen viele Kommunen freundschaftliche  
 67 Beziehungen mit ihren Nachbargemeinden in Frankreich und in der Schweiz. Bei  
 68 Gesetzgebungsvorhaben sind die Auswirkungen auf die Grenzregionen stärker zu berücksichtigen.  
 69 Die INTERREG-Programme für den Bodensee, Hoch- und Oberrhein sind weiter umzusetzen und zu  
 70 stärken. Die grenzüberschreitende Abstimmung im Bereich der Raumordnung sowie das  
 71 interkommunale baurechtliche Abstimmungsgebot sind auch über Landesgrenzen hinaus  
 72 anzuwenden.

73 Für die Menschen in den Grenzregionen wollen wir damit einen spürbaren Mehrwert schaffen.  
 74 Dafür müssen Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Bevölkerungsschutz grenzüberschreitend  
 75 gedacht werden. Bürokratische Barrieren und Handelshemmnisse wollen wir dagegen abbauen.  
 76 Hierzu zählen insbesondere die Auflagen zur Arbeitnehmerentsendung und die  
 77 Sozialversicherungspflicht von Grenzgängerinnen und Grenzgängern im Homeoffice.

78 Als Kommunalpartei ist es uns ein großes Anliegen, dass die Mittel für die regionale Entwicklung in  
 79 Europa erhöht werden – unter anderem im Kontext der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

80 Europa wird damit mehr denn je in den Kommunen verankert und gleichzeitig erlebbar gemacht. In  
81 diesem Zusammenhang wollen wir auch Städte- und Jugendpartnerschaften nachhaltig gestalten.

82 Sie erfüllen die europäische Idee mit Leben, in dem Menschen über nationale Grenzen hinweg  
83 dauerhaft Kontakte pflegen und Freundschaften schließen.

### 84 **3. Für verlässliche Sicherheit nach innen und außen**

85 Die Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat gezeigt, wie wichtig ein starkes  
86 Europa für unsere Sicherheit ist. Die Bewältigung der zahlreichen Kriegsfolgen zeigt aber auch, dass  
87 die EU in vielen Bereichen – militärisch, wirtschaftlich wie technologisch – noch handlungsfähiger  
88 werden muss. Die Unabhängigkeit Deutschlands und der EU sowie ihre innere und äußere  
89 Sicherheit sind grundlegende Voraussetzungen, um im globalen Systemwettbewerb bestehen zu  
90 können. In einer geopolitisch immer unsichereren und komplexeren Welt muss Europa im eigenen  
91 Interesse mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung für sich und die Welt übernehmen.

92 Das enge transatlantische Verhältnis und die Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen der North  
93 Atlantic Treaty Organization (NATO) müssen unser unersetzliches sicherheitspolitisches  
94 Fundament bleiben. Zugleich ist es höchste Zeit, dass sich die EU in der Außen- und  
95 Sicherheitspolitik strategisch neu aufstellt sowie militärische Fähigkeiten und zivile  
96 Konfliktprävention im Rahmen eines vernetzten Ansatzes verbindet.

97 Es liegt an der EU zu beweisen, dass sie in der Lage ist, ihre Werte zu verteidigen und ihre eigenen  
98 geopolitischen Interessen durchzusetzen. Hierbei kommt insbesondere Deutschland und  
99 Frankreich eine zentrale Rolle zu. Wir setzen uns daher dafür ein, den deutsch-französischen  
100 Beziehungen 60 Jahre nach Unterzeichnung des wegweisenden Élysée-Vertrags neue Dynamik zu  
101 verleihen. Die deutsch-französische Freundschaft bleibt von überragender Bedeutung – nicht nur  
102 für unsere beiden Völker, sondern für ganz Europa.

103 Ein zeitgemäßer Begriff von Sicherheitspolitik muss militärische Sicherheit genauso umfassen wie  
104 Sicherheit in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Ernährung, Gesundheit, Cyberraum, Klima und  
105 Umwelt. Insbesondere in strategisch wichtigen Bereichen müssen die Versorgungssicherheit  
106 gewährleistet und Abhängigkeiten von einzelnen Drittstaaten reduziert werden.

#### 107 Mehrheitsentscheidung in der Außen- und Sicherheitspolitik

108 Die EU muss schneller als bisher zu politischen Entscheidungen kommen und auch dazu bereit sein,  
109 die Entscheidungen schneller umzusetzen und im Interesse der Steuerzahler durch  
110 Gemeinsamkeiten auch Spielräume bei den Kosten zu schaffen. Das schafft Geschlossenheit,  
111 Selbstbewusstsein und Akzeptanz. Wir wollen Effizienz, Einigkeit und Geschwindigkeit in der  
112 Entscheidungsfindung im Rat reformieren und Veto-Positionen einzelner Länder reduzieren. Dies  
113 gilt insbesondere für Fragen und Richtungsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und  
114 Sicherheitspolitik (GASP).

#### 115 Eine Europäische Verteidigungsunion

116 Gerade vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine und die regelbasierte  
117 Ordnung wird deutlich, dass nur eine wehrhafte Demokratie die Herrschaft des Rechts auf unserem  
118 Kontinent wirksam stützen kann. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur NATO und stellen fest,  
119 dass die EU ihren Verpflichtungen als Garant unserer offenen Gesellschaften in Zukunft besser  
120 gerecht werden muss. Europäische Verteidigungsstrukturen verstehen wir nicht als Gegensatz zur  
121 NATO. Sie sollen sie vielmehr als wichtiger Pfeiler stärken. Ein Pfeiler, der allerdings dann, wenn die

122 NATO – wie in jüngerer Vergangenheit geschehen – von Partnern in Frage gestellt wird, den  
123 europäischen Interessen als eigenständige Struktur dienen kann. Diese Herausforderung  
124 überfordert jeden einzelnen Mitgliedstaat der Union. Sie kann nur gemeinsam gelöst werden.

125 Daher setzen wir uns für eine engere Verzahnung der Streitkräfte der europäischen Staaten ein mit  
126 dem Ziel, dass sich eine Armee der Europäer heranzubildet. Als wichtigen bereits bestehenden – und  
127 nicht zuletzt identitätsstiftenden – Ausgangspunkt sehen wir das Eurocorps in Straßburg an.

#### 128 Diktatoren die Stirn bieten

129 Wir erkennen mit Bedauern, dass eine Zäsur eingetreten ist: Wo wir noch vor wenigen Jahren  
130 gehofft haben, eine stärkere Zusammenarbeit würde in Staaten, die einen schwierigen Umgang mit  
131 Menschenrechten an den Tag legen, zu Verbesserungen beitragen, zeigt sich nun, dass dieser Ansatz  
132 nicht überall zum Erfolg führt. In Staaten mit schwieriger Menschenrechtslage hat sich die Situation  
133 nicht immer verbessert, sondern allzu oft verschlechtert. Mehr Staaten als bisher sind mittlerweile  
134 als Unrechtsstaaten zu bezeichnen, manche sogar als Terrorstaat. Europa will niemandem eine  
135 Ideologie aufzwingen, aber wir stehen für die Freiheit, die Demokratie, die Menschenrechte, den  
136 Rechtsstaat und das Völkerrecht als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens der Völker ein, so  
137 gut wir dies im eigenen Interesse und entlang unserer eigenen Interessen irgend können.

#### 138 Gemeinsame Beschaffung

139 Gemeinsame Beschaffung heißt nicht lediglich gemeinsamer Einkauf. Wir wollen eine gemeinsame  
140 Beschaffung mit umfassendem Ansatz: Forschung, Entwicklung, gemeinsame Anstrengungen für  
141 Groß- und Pilotprojekte, Standardisierung, Ausbildung, Beschaffung im eigentlichen Sinne,  
142 Sicherstellung der Liefersicherheit und konsequent auch gemeinsame Entscheidungen über Exporte  
143 von Verteidigungsgütern. Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Verteidigung sind Initiativen wie der  
144 European Peace Fund (EPF) von entscheidender Bedeutung.

#### 145 Posten im Sicherheitsrat

146 Wir setzen uns für die Schaffung eines zusätzlichen und gemeinsamen ständigen Sitzes der EU im  
147 Sicherheitsrat der United Nations (UN) ein.

#### 148 EU-Grenzen sichern, FRONTEX stärken, illegal Eingewanderte zurückführen

149 Der Schengener Grenzkodex ist die zentrale Säule des Grenzschutzes an den Außengrenzen der EU.  
150 Schengen wird in der Mitte zugrunde gehen, wenn wir es an seinen Grenzen nicht erhalten. Wir  
151 wollen wissen, wer auf unserem Kontinent ist! Jedem Nicht-EU-Bürger muss deshalb bewusst sein,  
152 dass das unkontrollierte Betreten des EU-Territoriums ein gravierender Vorgang ist, der nicht ohne  
153 ernste Konsequenzen bleibt. Flüchtenden Personen, die diesen Weg beschreiten, muss klar sein,  
154 dass sie unter Umständen ihr Anrecht auf Asyl verlieren. Damit der Bau von Grenzzäunen Ultima  
155 Ratio bleiben kann, wollen wir eine erhebliche Verstärkung des Schutzes der EU-Außengrenzen  
156 durch Auf- und Ausbau von FRONTEX. Dazu gehört der Einsatz moderner Technologien und  
157 Verfahren genauso wie eine personelle Verstärkung. Wir sind bereit, die EU-Außengrenzen aus der  
158 jeweiligen nationalen Zuständigkeit in die Zuständigkeit von FRONTEX überzuführen und  
159 entsprechendes Personal und sonstige Aufwandskosten auf den Haushalt der EU zu übernehmen,  
160 wenn damit langfristig zentrale Personalführung und -schulung, standardisierte und zügige Abläufe  
161 mit verlässlicher Identitätsfeststellung sowie einheitliche Anerkennungs- und  
162 Unterbringungsregeln verbindlich eingeführt werden.

163

164 Schleuserorganisationen bekämpfen

165 Wir wollen insbesondere im Mittelmeer den Druck auf Schleuserorganisationen erheblich erhöhen.  
 166 Begleitend soll soweit möglich mit allen Mittelmeeranrainerstaaten ein Abkommen geschlossen  
 167 werden, das die Verfolgung von Schlepperorganisationen auch im Herkunfts- bzw. Transitland  
 168 gestattet. Für die betroffenen Länder müssen zusätzliche Anreize aus dem Entwicklungs-  
 169 beziehungsweise Wirtschaftshilfesektor der EU-Länder geschaffen werden. Wir sind uns jedoch im  
 170 Klaren, dass dies keine finale Lösung ist. Nur wenn eine illegale Einwanderung in die EU aussichtslos  
 171 erscheint, ist das unmenschliche Schleppergeschäft zu besiegen.

172 Wanderungs- und Fluchtbewegungen steuern und regeln, Asylstatus vor der Einreise in die EU  
 173 prüfen

174 Migrations- und Asylgründe müssen vor der Einreise nach Europa aber spätestens im ersten (nicht  
 175 EU) Transitland überprüft werden.

176 Wir wollen die diplomatischen Vertretungen in den wichtigsten Fluchtursprungs- wie auch  
 177 Transitländern ausweiten und derart personell stärken, dass Asylanträge vor Ort, digital und zeitnah  
 178 bearbeitet werden können. Das Dublin-Verfahren muss mit dem Ziel einer Bündelung und Teilung  
 179 der Aufgaben der diplomatischen Vertretungen der EU und ihrer Mitgliedsländer entsprechend  
 180 weiterentwickelt werden.

181 Wir fordern, dass EU und UN mit den Ländern Nordafrikas sowie dem Nahen Osten vereinbaren,  
 182 dort offizielle UN-Migration Camps aufbauen zu dürfen, in denen Migranten vorübergehend  
 183 versorgt und ihr Status festgestellt werden kann.

184 **4. Für eine zukunftsorientierte Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU**

185 Eine geordnete und friedliche Entwicklung in den Nachbarländern der EU – auf unserem Kontinent  
 186 und darüber hinaus – liegt ebenso im vitalen Interesse der EU, wie die Achtung des Völkerrechts  
 187 und die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat in unserem unmittelbaren und weiteren Umfeld.

188 Eine friedliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Nachbarkontinents Afrika ist  
 189 im deutschen und europäischen Interesse. Die EU muss sich deshalb als Gestaltungsmacht für eine  
 190 nachhaltige und friedliche Entwicklung einsetzen. Im Rahmen der wirtschaftlichen und  
 191 entwicklungspolitischen Instrumente muss die EU dabei stärker als bisher privatwirtschaftliche  
 192 Investitionen aus Europa und Afrika, den Wissenstransfer und neue Technologien als Stützpfiler  
 193 einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung unterstützen. Konkret bieten die  
 194 afrikanischen Staaten zum Beispiel großes Potenzial für Kooperationen bei der Ökostrom- und  
 195 Wasserstoffherzeugung, wovon alle Beteiligten profitieren können.

196 Einen besonderen Rang nimmt in unserer Nachbarschaft das Vereinigte Königreich als NATO-  
 197 Partner und ehemaliges Mitglied der EU ein. Im Blick auf seine geografische Lage und die  
 198 kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten haben wir kein Interesse, dass sich  
 199 das Vereinigte Königreich als natürlicher Partner weiter von der EU entfernt.

200 Dies gilt auch für den NATO-Partner Türkei, dessen Politik wir jedoch mit Sorge beobachten. Wir  
 201 erwarten, dass die Mitglieder der NATO als ein Bündnis der Freiheit auch auf Seiten der Freiheit  
 202 stehen und dass wichtige Politikfelder unter Partnern nicht als Erpressungspotenzial verstanden  
 203 werden. Gleichzeitig erwarten wir, dass mit Blick auf Zypern das Völkerrecht wiederhergestellt wird  
 204 und keine weiteren einseitigen Schritte unternommen werden. Wir sehen mit Bedauern, dass der



205 Weg der Türkei auf dem Pfad von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat eher von Rückschritt als von  
206 Fortschritt geprägt ist und ein Beitritt in die EU angesichts dessen keine reale Grundlage mehr hat.

207 Wir sehen die Ukraine als zukünftiges Mitglied der EU. Das ukrainische Volk hat bewiesen, dass es  
208 sich als Teil unserer freien und demokratischen Ordnung sieht. Wir sagen der Ukraine jede mögliche  
209 Hilfe bei der Erfüllung der erforderlichen Beitrittskriterien zu und wir wollen, dass die Ukraine so  
210 bald wie möglich in nationaler und staatlicher Einheit sowie in freier Selbstbestimmung ihrer  
211 Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft des Landes entscheiden kann.

212 Wir bedauern, dass angesichts der aktuellen Entwicklungen die Wünsche auf dem Westbalkan, der  
213 EU beizutreten, an den Rand unserer Wahrnehmung rücken, obwohl eine gedeihliche Entwicklung  
214 in dieser Nachbarregion im Zentrum unseres Interesses liegen muss. Wir stehen dazu, die Bindung  
215 von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien an  
216 die EU weiterzuentwickeln und zu stärken. Für den klaren und ernsthaften Wunsch, der EU nach  
217 Erfüllung der dafür erforderlichen Beitrittskriterien beizutreten, wollen wir eine glaubwürdige und  
218 verlässliche Perspektive bieten.

219 Das Versprechen der europäischen Integration für Beitrittskandidaten wollen wir durch eine  
220 Neuausrichtung der EU-Erweiterungspolitik realistisch, ziel- und leistungsorientiert gestalten –  
221 ohne Abstriche bei den Beitrittskriterien. Hierfür sollte bei der EU-Erweiterungspolitik ein  
222 schrittweiser Integrationsansatz etwa in Form einer assoziierten Mitgliedschaft verfolgt werden,  
223 der über den Zugang zum EU-Binnenmarkt, die Teilnahme an bestimmten EU-Programmen sowie  
224 die Gewährung des Beobachterstatus im Rat und Europäischen Parlament sukzessive zur EU-  
225 Mitgliedschaft hinführt. Auf diese Weise werden rascher konkrete und fühlbare Fortschritte im  
226 Annäherungsprozess möglich – im Wissen, dass Beitrittsverhandlungen für eine Vollmitgliedschaft  
227 viele Jahre dauern können. Parallel dazu gilt es, das Potenzial der Europäischen Politischen  
228 Gemeinschaft zur Anbindung gleichgesinnter Staaten an die EU in unserem eigenen strategischen  
229 Interesse voll auszuschöpfen. Dazu gehört eine Ergänzung des Formats um eine parlamentarische  
230 Dimension.

## 231 **5. Für eine innovative Klimaschutzpolitik, die Arbeit schafft und den sozialen Zusammenhalt** 232 **stärkt**

233 Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen unserer Welt. Wir stehen für die Bewahrung der  
234 Schöpfung und unterstützen daher alle weltweiten Bemühungen für Klimaschutz und eine  
235 Begrenzung der Erderwärmung. Daher ist das Ziel der EU richtig, bis 2050 zum ersten  
236 klimaneutralen Kontinent zu werden. Auf dem Weg dorthin setzen wir jedoch vor allem auf Anreize  
237 und marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel und technologieoffene Forschung  
238 sowie einen sozial ausgewogenen und gerechten Wandel. Die künftige Klimapolitik der EU sollte  
239 über alle politischen Themenfelder hinweg weniger auf Verbote und einseitige Bevormundung der  
240 Verbraucher und der Wirtschaft ausgerichtet sein, sondern vielmehr Anreize zur Einsparung von  
241 CO<sub>2</sub> und die schrittweise Transformation durch die Förderung klimafreundlicher Innovationen  
242 schaffen. Bei der Transformation der europäischen Industrie setzen wir uns für die Interessen der  
243 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Der Erhalt und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen  
244 sind auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa unverzichtbar. Klimaschutz, Arbeitsplätze und  
245 Soziale Gerechtigkeit gehören zusammen.



## 246 **6. Für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik**

### 247 Industriestandort stärken

248 Deutschland und Baden-Württemberg sind stark vom Außenhandel abhängig und verfügen über  
249 innovative und wettbewerbsfähige Industrien. Gerade dank dem Europäischen Binnenmarkt haben  
250 in der EU digitale Geschäftsmodelle, E-Commerce und die Internationalisierung der  
251 Produktionsketten in den letzten 30 Jahren für Wirtschaftswachstum gesorgt. Gleichwohl haben wir  
252 die Privilegierung digitaler Geschäftsmodelle mit dem Gesetz über digitale Dienste beendet.

253 Um diese Stärke unserer Wirtschaft angesichts eines starken internationalen Standortwettbewerbs  
254 zu erhalten, müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu zählt zum einen die  
255 Verantwortung für eigene Dienstleistungen zu übernehmen. Gleichzeitig fordern wir den Abbau  
256 von bürokratischen Belastungen, der Ausbau der digitalen Infrastruktur und ein Industriecheck vor  
257 dem Erlass neuer Auflagen und Regulierungen durch die EU. Zudem muss die EU den  
258 Energiebinnenmarkt ausbauen und die Kostenbelastungen für die Energieerzeugung reduzieren mit  
259 dem Ziel, für die Unternehmen eine sichere, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung  
260 sicherzustellen. Das Budget für das EU-Forschungsprogramm muss bedarfsgerecht erhöht und  
261 mehr Fördermöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen geschaffen werden.

### 262 Fairer und freier Handel

263 Wir wollen auch wirtschaftlich mit unseren Verbündeten enger zusammenrücken und sehen in  
264 Freihandelsabkommen mit Partnern in Drittstaaten eine Möglichkeit, unsere Wirtschaft in Zukunft  
265 besser vor den Konsequenzen des gefährlichen Wegs einzelner Autokraten zu schützen. Dazu  
266 gehört es insbesondere, Hürden im Handel mit den Staaten in Nord- und Lateinamerika und in den  
267 Staaten Asiens abzubauen.

268 Die laufenden Bemühungen, transatlantische Handelshürden abzubauen und mehr gemeinsame  
269 Standards zu entwickeln, hat unsere Unterstützung. Auch unterstützen wir in diesem Sinne die  
270 andauernden Verhandlungen der Europäischen Kommission über Handelsabkommen  
271 beispielsweise mit Indien, Thailand, Indonesien und Australien und wirken auf einen zügigen  
272 Abschluss hin. Der Ratifikationsprozess ausverhandelter Handelsabkommen, wie beispielsweise mit  
273 Neuseeland, muss ohne Verzögerungen abgeschlossen werden. Diese Freihandelsabkommen  
274 müssen europäischen Unternehmen bei den Partnern grundsätzlich den gleichen Marktzugang  
275 ermöglichen wie ausländischen Unternehmen in der EU. Zudem müssen diese Abkommen  
276 bürokratische Hürden abbauen und es damit auch kleineren Unternehmen leichter machen, in  
277 diesen Märkten aktiv zu werden. Schließlich müssen die Abkommen auf die Gewährleistung der  
278 Versorgungssicherheit und die Reduzierung europäischer Abhängigkeiten abzielen.

279 Wir fordern auch, dass möglichst im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) oder wenigstens  
280 in einem Abkommen mit möglichst vielen Staaten faire Wettbewerbsregeln geschaffen werden, um  
281 Dumping zu verhindern und staatliche Subventionen klar zu regulieren.

282 Die aktuelle Situation mit Blick auf China ist besonders besorgniserregend, da europäische  
283 Unternehmen nur begrenzten Marktzugang haben, während chinesische Unternehmen einen  
284 deutlich besseren Zugang zu unserer Wirtschaft haben. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe verlangt  
285 jedoch einen gleichen Marktzugang für beide Seiten. Die EU muss dies bei ihrer Politik gegenüber  
286 China zum Maßstab machen. Wir begrüßen die proaktive Rolle, welche die Europäischen  
287 Institutionen bei dem Umgang mit China entwickelt haben.

288 Die Ausdifferenzierung des handelspolitischen Instrumentariums, insbesondere die Einführung des  
289 Instruments über das internationale Beschaffungswesen (IPI), die Durchsetzungsverordnung und  
290 das Instrument zur Kontrolle drittstaatlicher Subventionen tragen den veränderten Gegebenheiten  
291 im Umgang mit China Rechnung. Diese Entwicklungen wollen wir weiter vorantreiben.

#### 292 Für ein soziales Europa

293 Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft in Europa. Die europäische Säule sozialer Rechte  
294 werden wir weiter umsetzen. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir durch mehr  
295 Sozialpartnerschaft stärken. Die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung und die  
296 Stärkung der Tarifautonomie gehören für uns zum europäischen Binnenmarkt.

#### 297 Für ein digitales Europa

298 Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft müssen jedoch auch ins digitale Zeitalter übersetzt  
299 werden. Das haben wir etwa mit dem Gesetz über digitale Märkte geschafft. Wir wollen jedoch einen  
300 Gleichklang der Regeln zwischen der digitalen und analogen Welt erreichen. Ziel muss es sein, dass  
301 Nutzer und Verbraucher geschützt werden, während Innovation gefördert wird. In diesem Kontext  
302 setzen wir uns für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für einen Binnenmarkt für Daten  
303 ein. Die Europäische Datenstrategie begleiten wir technologieoffen und setzen uns für einen  
304 Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz ein, der ihre Chancen vollumfänglich realisieren lässt bei  
305 zeitgleichem und ausgewogenem Schutz der Datenschutzrechte der Unionsbürgerinnen und -  
306 bürger.

#### 307 Abbau der Bürokratie

308 Wir möchten die Bürokratie und die Komplexität europäischer Prozesse für Bürgerinnen und Bürger  
309 sowie Unternehmen reduzieren. Informationen sollen nur einmal erhoben und aktualisiert werden.  
310 Automatisierte Entscheidungen sollen helfen, Prozesse zu beschleunigen und für  
311 Leistungsberechtigte zugänglicher zu machen. Wir wollen in der europäischen Gesetzgebung eine  
312 konsequente Gesetzesfolgekostenabschätzung und in deren nationaler Umsetzung kein  
313 "Draufsatteln" ("Gold-Plating"). Dort, wo nationale Zusatzregelungen notwendig oder nützlich  
314 erscheinen, müssen alle staatlichen Ebenen die entsprechenden Zusatzbelastungen aus  
315 Gesetzgebung und -auslegung als eigenständigen Bürokratierhöhungsbeitrag sichtbar machen.

#### 316 Schutz der kritischen Infrastruktur

317 Kritische Infrastruktur darf nicht von außereuropäischen Akteuren kontrolliert oder auch nur  
318 beeinflusst werden können. Wir lehnen jeden Verkauf an oder jede Beteiligung von durch autoritäre  
319 Staaten kontrollierte Unternehmen ab. Gleiches gilt für Staaten, in denen der Kauf von  
320 Unternehmen oder die Beteiligung an Unternehmen nicht nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit  
321 möglich ist.

### 322 **7. Für eine harmonisierte Rechtspolitik**

#### 323 Europa - Eine Union, ein Recht

324 Die EU steht für Rechtsstaatlichkeit mit einer eigenen Grundrechte-Charta. Viele Rechtsgebiete  
325 haben bereits eine Teil- oder Vollharmonisierung erfahren. Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger  
326 sowie der Wirtschaft wollen wir die Rechtsharmonisierung der EU als Schlüssel zu einem vereinten  
327 und erfolgreichen Europa voranbringen. Dabei wird die Europäisierung des Privatrechts seit vielen  
328 Jahren diskutiert. Die Idee eines Europäischen Zivilgesetzbuches hatte letztlich in den „Draft  
329 Common Frame of Reference“ gemündet, der bislang keine Verabschiedung oder Umsetzung

330 erfahren hat. Der Brexit bietet nun die Chance einer Wiederaufnahme der Diskussion um eine  
 331 strukturierte Europäisierung des Privatrechts und damit eine neue Führungsrolle der EU auf dem  
 332 Gebiet des Zivilrechts.

### 333 Steuern: Gleich und gerecht

334 Wir fordern, dass das Unternehmenssteuerrecht in den Kompetenzbereich des europäischen  
 335 Gesetzgebers übertragen wird.

336 Wir wollen den Wettbewerb der Steuerstandorte erhalten. Dieser Wettbewerb muss auf der  
 337 Grundlage einheitlicher Besteuerungsgrundlagen und der Offenlegung von  
 338 Ausnahmetatbeständen auch im Einzelfall erfolgen. Steuerdumping muss durch absolute  
 339 Untergrenzen der Steuersätze ausgeschlossen werden. Für Nettoempfängerländer mit  
 340 unterdurchschnittlichen Steuersätzen sowie für Nettozahlerländer mit überdurchschnittlichen  
 341 Steuersätzen müssen Ausgleichsmechanismen entwickelt werden.

### 342 **8. Für eine moderne Agrarpolitik und eine starke heimische Landwirtschaft**

343 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist eine tragende Säule der EU. Wir bekennen uns klar zu  
 344 unserer heimischen Landwirtschaft, die neben der Produktion unserer Lebensmittel einen  
 345 wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft, der Biodiversität, des Tierwohls und unserer  
 346 Schutzgebiete leistet.

347 Wir setzen uns weiterhin ein für eine finanzielle Förderung innerhalb und außerhalb der GAP zur  
 348 Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, zur Umsetzung einheitlicher  
 349 hoher Tierwohl- und Umweltstandards und zur Stärkung der familiengeführten Betriebsstrukturen,  
 350 für den Abbau von Bürokratie sowie für eine Förderung regionaler Produkte und Spezialitäten.

351 Um unserer Verantwortung für die Welternährung gerecht zu werden und Abhängigkeiten zu  
 352 reduzieren, müssen auch in Zukunft in Deutschland und Europa hochwertige und erschwingliche  
 353 Nahrungsmittel produziert werden. Der Ernährungssouveränität im Sinne eines autarken  
 354 Lebensmittelsystems muss der gleiche Stellenwert wie der Biodiversität und dem Klimaschutz  
 355 eingeräumt werden.

356 Daher fordern wir kurz- und mittelfristig die Aussetzung der Flächenstilllegung im Zuge der  
 357 aktuell geltenden GAP. Langfristig müssen wir unsere Landwirtschaft für zukünftige  
 358 Herausforderungen wappnen. Gerade beim Thema Klimawandel und der Anpassungsfähigkeit  
 359 unserer Landwirtschaft brauchen wir einen neuen, EU-weiten Ansatz zum Umgang mit neuen  
 360 Züchtungstechniken.

### 361 Entlastung für unsere heimische Landwirtschaft

362 Wir fordern, dass unsere unterschiedlichen landwirtschaftlichen Modelle in Europa bewahrt  
 363 bleiben. Von der nächsten Kommission erwarten wir, dass sie bei der Regulierung die Interessen der  
 364 kleineren und regional ausgerichteten landwirtschaftlichen Betriebe stärker berücksichtigt und sie  
 365 von Bürokratie entlastet. Die in der aktuellen Förderperiode europaweit verpflichtende und  
 366 aufgrund der Forderungen der CDU durchgesetzte Umverteilung von größeren  
 367 Landwirtschaftsbetrieben auf kleinere Familienbetriebe muss verstärkt werden.

368 Die europäische Agrarpolitik muss eine „gemeinsame“ bleiben – auf europäischer Ebene müssen  
 369 weiterhin Grundstandards gesetzt werden. Selbstverständlich muss dabei einerseits den  
 370 unterschiedlichen Anbau- und Produktionsmethoden sowie topographischen und klimatischen  
 371 Besonderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden. Andererseits müssen

372 einseitig belastende deutsche oder länderspezifische Vorschriften (“Gold-Plating“) abgebaut  
373 werden.

374 Faire Wettbewerbsbedingungen für unsere heimische Landwirtschaft

375 In der Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Wirtschaftsräumen außerhalb der EU brauchen  
376 wir weiterhin klare Handelsabkommen, die faire Wettbewerbsbedingungen für die heimische  
377 Landwirtschaft sichern, neue Chancen für den Absatz von Produkten mit geschützten regionalen  
378 Herkunftsbezeichnungen außerhalb der EU eröffnen und eine Angleichung an die hohen  
379 europäischen Produktionsstandards in Bezug auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz nach oben  
380 erreichen. Gerade in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte ist für uns Liefersicherheit auch im  
381 Krisenfall preisbildend.

382 Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass Produkte oder Lebensmittel  
383 aus Drittstaaten die Anforderungen der EU erfüllen, um einen fairen Wettbewerb und  
384 Verbraucherschutz zu ermöglichen. Zudem sollten für regionale Produkte faire  
385 Vermarktungsmöglichkeiten erreicht werden.

386 Wir fordern eine Lebensmittelkennzeichnung, die Verbraucher informiert, die Hersteller und  
387 Händler nicht überfordert und digitale Möglichkeiten nutzt.